

"Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes. Jedermann hat das Recht auf Arbeit."

Artikel 24 Absatz 1 der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen

Argumente gegen den Sozialabbau

(Manuskript aus dem Jahr 1997)

Im Grundgesetz unseres Landes ist das so genannte **Sozialstaatsgebot** verankert. In Artikel 20 Absatz 1 der Verfassung ist festgelegt, dass "die Bundesrepublik ein demokratischer und sozialer Bundesstaat" ist.

Das bedeutet: Das Sozialstaatsprinzip ist mit den Grundsätzen der Demokratie und des Rechtsstaats untrennbar verbunden! **Der Staat** - und dazu gehören alle Politiker in den Parlamenten - **ist zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit verpflichtet!**

Um den Stellenwert des Sozialstaatsprinzips zu ermessen, ist zu bedenken, dass es zu jenen Grundgesetzbestimmungen gehört, die ausdrücklich Verfassungsänderungen entzogen sind. Änderungen der dort aufgeführten Grundwertbestimmungen sind nach Artikel 79 Absatz 3 des Grundgesetzes "unzulässig".

Damit ist klar: **Politisches Handeln hat sich zu rechtfertigen**, ob es in die von Verfassungswegen aufgegebene sozialstaatliche Richtung passt. Sicher ist, dass sich eine Gesellschaft, die durch fortschreitende Polarisierung von Reichtum und Armut geprägt ist, im Widerspruch zum Sozialstaatsprinzip entwickelt. Steigende Arbeitslosigkeit und gleichzeitig wachsender Reichtum bei einer Minderheit unseres Volkes sind mit dem Sozialstaatsgebot unserer Verfassung unvereinbar.

Die Bundesregierung handelt gegen die Verfassung und damit gegen das Volk, weil sie die Vorteile der Vermögensbesitzer fördert und ausweitet und die Arbeits- und Lebensbedingungen für die Mehrzahl der Bevölkerung ständig verschlechtert. Sie zerstört damit die

Grundlagen für einen sozialen Rechtsstaat und die Grundlagen für Demokratie und Gerechtigkeit.

Demokratie ohne soziale Gerechtigkeit ist nicht möglich!

Die Bundesrepublik ist nach wie vor **Exportweltmeister**. Im Jahr 1996 übersprang der Exportüberschuss erstmals die Traumgrenze von 100 Milliarden DM. Ein Land, das einen **Handelsbilanzüberschuss von 104,9 Milliarden DM** im Ausland erzielt, hat kein Standortproblem, sondern bereitet anderen Ländern zunehmende Probleme. Die deutsche Exportindustrie holt sich auf fremden Märkten die Kaufkraft, die im eigenen Lande fehlt. Dies aber kann sie offenbar nur, weil sie in Preis und Qualität besser dasteht, als ihre Konkurrenten. Und wie gut sich der Standort Deutschland im internationalen Vergleich macht, wird durch nichts besser demonstriert, als durch die **Entwicklung der Lohnstückkosten**, die wesentlich aussagefähiger ist, als die nominale Lohnhöhe oder die Höhe der Sozialabgaben. Wir produzieren in vielen Branchen kostengünstiger als andere Länder. **Die Arbeitsproduktivität ist in Deutschland immer noch Weltspitze!**

Berechnet auf der Basis der jeweils einheimischen Währung stiegen die Lohnstückkosten in Westdeutschland zwischen 1974 und 1994 um insgesamt 97 %, im Durchschnitt aller übrigen OECD¹-Länder dagegen um volle 270 %.

Die Exporterfolge schlagen sich als erstes in steigenden Unternehmensgewinnen nieder. **Von 1980 bis 1995 haben die Nettogewinne der Unternehmen preisbereinigt um 116 Prozent im Durchschnitt zugenommen. Im selben Zeitraum stiegen die Nettolöhne je Arbeitnehmer nur um 1,4 Prozent.**

Die Arbeitslosigkeit wird zum immer größeren Problem - gleichzeitig steigen die Aktienkurse unaufhaltsam. Von 1034 auf 1474 Milliarden Mark sprang der Wert aller an den deutschen Börsen notierten Aktien von Ende 1996 bis Ende Juli 1997. 400 Milliarden Mark Zuwachs in einem guten halben Jahr - ein gigantischer Schub für die privaten Vermögen, die in Deutschland extrem ungerecht verteilt sind.

Lediglich 3 Prozent der Bevölkerung verfügen über etwa 80 Prozent des Produktivvermögens und nur 5 Prozent der Deutschen besitzen überhaupt Aktien.

Während die deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur auf einen **Anteil von 58,4 % am Bruttoinlandsprodukt** kommen, sind es in **Japan 70,7 %**, in den **USA 66,2 %** und in **Großbritannien** sogar noch **62,1 %**.

Der **Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen** ist in der Bundesrepublik auf den Stand der frühen 60er Jahre zurückgefallen.

Das bedeutet: Die Vermögensbestände der Reichen, der Millionäre und Multimillionäre sind gewaltig gestiegen. Die Kluft zwischen Armen und Reichen wird immer größer.

Die Arbeitslosigkeit steigt dramatisch. **Etwa 7,5 Millionen Menschen suchen in unserem Land einen Arbeitsplatz.** Angeblich sind die Arbeitskosten in unserem Land zu hoch. Deshalb fordern Politiker und Unternehmer einen weiteren Sozialabbau und erhebliche Verschlechterungen der Tarifverträge. Durch solche Maßnahmen sind andere Länder angeblich bereits erfolgreich gewesen.

Tatsache aber ist:

Die zahlreichen Kostensenkungsprogramme, Lohnverzichte und Kürzung staatlicher Ausgaben haben zur schwersten und längsten Stagnation in Deutschland geführt. Kaufkraftverluste und Arbeitsplatzabbau schlagen sich in Konsumverzicht nieder.

Sparen, abspecken und konsolidieren haben bisher in keinem Industriestaat zur Konjunkturbelebung geführt. Durch die Ausgabenkürzungen des Staates wird die Krise nicht überwunden, sondern verschärft!

Die Politik unserer Gegner versucht mit Lügen und Halbwahrheiten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzuschüchtern. Dazu einige Klarstellungen.

In vielen Ländern dient die **Arbeitslosenstatistik lediglich als Mittel der Propaganda.** Zum **Beispiel** sind in den **USA** seit 1992 tatsächlich 8,2 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden. **Die offizielle Arbeitslosigkeit** ging um 2 % Punkte auf **5,5 %** zurück. **Dabei handelt es sich aber lediglich um Schätzungen auf Grundlage von Umfragen, weil es die Registrierung von Arbeitssuchenden gar nicht gibt.**

20 % der Arbeitseinkommen von Vollzeitbeschäftigten liegen in den USA unter der Armutsschwelle. Nach einer Phase in der mehr als 43 Millionen hochwertiger Arbeitsplätze vernichtet wurden, boomt nunmehr der Markt für Billigjobs und Scheinselbständige. Von den neu geschaffenen Jobs finden sich 53,3 % im privaten Dienstleistungssektor und darunter wiederum die Masse im schlecht bezahlten Einzelhandel. Der Anteil der Teilzeitbeschäftig-

¹ Organization for Economic Cooperation and Development
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

ten ist hoch und obwohl die Statistik keine Angaben darüber macht, wie viele Beschäftigte zwei und mehr Jobs ausüben, ist es kein Geheimnis, dass ihre Zahl stark zunimmt.

Die Jobmaschine hat Amerika arm gemacht. Nicht alle Bürger, muss freilich hinzugefügt werden. Zwischen 1979 und 1994 ist das Einkommen der unteren 20 % der Bevölkerung um mehr als 11 % gesunken, während das Einkommen der reichsten 20 % um fast 25 % gestiegen ist.

Die Arbeitslosenstatistik der USA ist nicht mit der der BRD vergleichbar und entspricht nicht einmal der OECD-Richtlinie. In den US-Statistiken wird hingegen jegliche Tätigkeit erfasst, und sei es im Umfang von einer Stunde pro Woche. Zu den **7 Millionen offiziell genannten Jobsuchern im Jahre 1995, die das Arbeitsministerium lediglich auf der Basis von Umfragen ermittelte**, müssten **weitere 6 Millionen** gerechnet werden, **die eigentlich Arbeit brauchen, aber die Suche aufgegeben haben.** Außerdem gibt es 4,5 Millionen Beschäftigte die unfreiwillig als Teilzeitkräfte arbeiten. Rechnet man nun diese drei Gruppen zusammen, fehlt eigentlich schon für 14 % der arbeitsfähigen Bevölkerung in den USA ordentliche Arbeit.

Die Arbeitslosenquote in England hat sich angeblich seit 1986 beinahe halbiert. Tatsache aber ist, dass in der Ära von Margret Thatcher die Statistik sage und schreibe 32-mal geändert wurde - zugunsten der Regierungsbilanz natürlich.

Wie die Amerikaner brüsten sich auch die Briten mit einem Rechenwerk, das in erster Linie die neugeschaffenen Arbeitsplätze preist. Doch von den 900.000 Arbeitsplätzen, die in den vergangenen fünf Jahren entstanden sein sollen, sind zwei Drittel schlecht bezahlte Teilzeitjobs mit oftmals wenigen Wochenstunden. Überhaupt erreicht **Großbritannien mit 5,5 Millionen Teilzeitbeschäftigten bei insgesamt 22 Millionen in Arbeit stehenden Briten** einen absoluten **Spitzenrekord.**

In Großbritannien klaffen Arm und Reich ähnlich weit auseinander wie in den USA. Die Arbeitsproduktivität pro Beschäftigtenstunde ist im Übrigen deutlich niedriger als bei uns.

Die Arbeitslosigkeit in Japan liegt angeblich bei lediglich 3,4 % der erwerbstätigen Bevölkerung.

Dabei handelt es sich allerdings um eine simple Statistik-Lüge. Wer nämlich länger als sechs Monate nach Arbeit sucht, wird einfach nicht mehr registriert. Aber für die Propaganda ist offensichtlich jedes Mittel recht.

Seit kurzem werden die **Niederlande** als Vorzeigemodell der neoliberalen Wirtschaftspolitik gehandelt. Tatsächlich ist bei unserem kleinen Nachbarn von 1982 bis 1996 die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um 18 % gestiegen und die **Arbeitslosigkeit sank von 12 auf 6 %**. Wie die Bundesrepublik ihre Arbeitslosenzahlen durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Umschulungsaktivitäten nach unten korrigiert, reduzieren die Niederländer ihre Statistik in noch größerem Umfang durch die **Unterschlagung der sehr großen Anzahl von Leistungsempfängern mit Berufsunfähigkeit oder Vorruhestand**. Zu Beginn der 90er Jahre erhielt zum Beispiel jeder siebte abhängig Beschäftigte Leistungen wegen Berufsunfähigkeit. Häufig handelt es sich hier jedoch um verdeckte Arbeitslosigkeit, weshalb die erweiterte **Arbeitslosenquote nach den Richtlinien der OECD für 1994 nicht 6,8, sondern 27,1 % Arbeitslose** ermittelt.

Zur Botschaft vom niederländischen Beschäftigungswunder gehört auch die Verbreitung des Märchens über den angeblich drastischen Sozialabbau. Dazu muss man wissen, dass das niederländische soziale Netz in der Vergangenheit mit seinen Leistungen in fast allen Bereichen deutlich über denen des deutschen sozialen Sicherungssystems lag. Auch heute noch ist **die soziale Situation der niederländischen Bezieher von Lohnersatzleistungen weit über dem deutschen Niveau. Die durchschnittlichen Nettolohnersatzleistungen zuzüglich Extraleistungen für Wohnung und Familie lagen im Jahre 1993 bei 78%. Für Arbeitslose, die zuvor nur den Mindestlohn bezogen haben, betragen die Lohnersatzleistungen bis zu 100 %**. Ist ein Alter von mindestens 57,5 Jahren erreicht, werden die bisherigen Leistungen begrenzt bzw. bis zum Bezug der Rente gewährt. Die Leistungen bei Berufsunfähigkeit sind in den Niederlanden teilweise noch besser geregelt.

Auch die skandinavischen Länder werden in der Propaganda hierzulande häufig als Musterknaben beim Sozialabbau vorgeführt. Nehmen wir als Beispiel **Dänemark**.

Auf dem Höhepunkt der dänischen Krise im Jahre 1993 zählte das Land 349.000 Arbeitslose, was einer **Arbeitslosenquote** von 12,3 % entspricht. Bis zum **Anfang des Jahres 1997** wurde die Anzahl auf 231.000 oder **8,2 %** gedrückt. Eines der entscheidenden Mittel sind in Dänemark **Lohnzuschüsse**. Mit ihnen werden zum Beispiel Dienstleistungsjobs attraktiv für die Beschäftigten und bezahlbar für die Abnehmer gemacht. In anderen Fällen werden sie eingesetzt um **Lohnausgleich bei Teilzeitarbeit** zu finanzieren. **Dänen können auch für drei bis zwölf Monate einen so genannten Sabbat nehmen und diese Zeit für Kinderbetreuung, Weiterbildung oder auch nur für einen ausgedehnten Urlaub nutzen**. Diese Beschäftigten erhalten **in dieser Zeit 70 bis 90 % des Arbeitslosengeldes**. Dieses freilich ist in Dänemark Weltspitze und beträgt **90 % des letzten Gehalts**. **Es wird bei einem Einkommen bis zu 4.000 DM fünf Jahre lang gezahlt**. Erst nach ei-

nem Jahr können Arbeitslose gezwungen werden, einen Job außerhalb ihres früheren Beschäftigungsfeldes anzunehmen.

Das hohe soziale Leistungsniveau wurde in Dänemark nicht beseitigt, sondern durch Maßnahmen der Wiedereingliederung bzw. der Erleichterung von Teilzeit begleitet. So wird einerseits Arbeit umverteilt ohne das Einkommen im gleichen Umfang zu senken und andererseits erhöht sich die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt.

Auch **Schweden** wird als ehemaliger Musterfall des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates hierzulande gern als Beispiel für Sozialabbau zitiert. Tatsache ist, dass Schweden infolge einer in nur vier Jahren von 1,5 auf 8 % kletternde Arbeitslosigkeit an zahlreichen sozialen Leistungen gekürzt hat. Nur, was real gezahlt wird, liegt immer noch weit über deutschem Durchschnitt.

So beträgt das **Arbeitslosengeld nicht mehr wie einst 90 %, aber mit 75 % liegt es immer noch weit über dem deutschen Satz.**

Während man in der Bundesrepublik gerne die schwedischen Kürzungsprogramme zitiert, verschweigt man die gewaltigen Aufwendungen zur Begrenzung der Arbeitslosigkeit.

In Schweden werden nämlich nicht, wie offiziell ausgewiesen, 7,7 % Arbeitslose gezählt, sondern rund 13 %. Zu den 327.000 arbeitslosen Schweden kommen 224.000, die sich in öffentlich geförderten Beschäftigungsprogrammen befinden.

Von großer Bedeutung für die Entlastung des Arbeitsmarktes ist auch der schwedische **Elternurlaub, bei dem bis zu 450 Tage lang 75 % des Lohnes gezahlt werden.** Angesichts des einmaligen schwedischen Babybooms in den 80er Jahren ist der Elternurlaub eine merkliche Entlastung des Arbeitsmarktes.

In allen Ländern, wo die verfügbaren **Realeinkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sinken**, muss gespart werden und steht weniger Geld für den Konsum zur Verfügung. So kann es niemanden verwundern, dass auch in Deutschland **bei steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Einkommen die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen** spürbar zurückgeht. **Die Betriebe haben weniger Umsatz und vorhandene Produktionskapazitäten können nicht mehr voll genutzt werden.** Investitionen fehlen, weil Staat und Bürger wegen fehlender Einnahmen weniger Nachfrage schaffen.

Aber die Bundesregierung behauptet immer noch, durch Steuererleichterungen für Unternehmen und Maßnahmen der Wirtschaftsförderung neue Arbeitsplätze schaffen zu können.

Wir erinnern uns zum **Beispiel** an das groß angekündigte **Standortsicherungsgesetz**, **das am 1. Januar 1994 in Kraft trat**. Im folgenden "Fortschrittsbericht" wurde u.a. erklärt:

"Das Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm" verhindert "mit Entlastungen von über 90 Milliarden Mark in den Jahren 1994 bis 1996" einen weiteren "Anstieg der öffentlichen Defizite".

"Das Standortsicherungsgesetz hat die Ertragsbesteuerung der Unternehmen auf das niedrigste Niveau seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland gesenkt" und

"das 30-Punkte-Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung verbessert die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes".

Und was ist nun daraus geworden?

Wo sind die neuen Arbeitsplätze?

Seit Ende 1993 hat sich die Anzahl der Arbeitslosen um gut 1 Millionen erhöht und die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ging um 1,2 Millionen zurück.

Die herrschende Politik ist damit widerlegt und gescheitert, aber trotzdem will die Bundesregierung auch für das Jahr 1998 an der Förderung der Gewinne festhalten.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leiden zunehmend an der Unfähigkeit deutscher Unternehmer und Manager, durch Innovationen, also durch die Entwicklung neuer bzw. verbesserter Dienstleistungsangebote, durch effizientere Arbeitsmethoden und durch neue Produkte neue Märkte im In- und Ausland zu erobern und Nachfrage auszulösen.

Trotz vieler Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung im Werte von mehr als 100 Milliarden Mark im Jahr - und zwar ohne die klassischen Subventionssektoren Landwirtschaft, Bergbau, Wohnungswirtschaft und Bahnverkehr - schaffen die Unternehmer keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Trotz enormer Gewinnsteigerungen werden viele Arbeitsplätze abgeschafft. Die Arbeitslosigkeit hat Rekordhöhen erreicht! Die Staatsverschuldung in Deutschland, die im Jahre 1980 noch bei 31,5 % des Bruttosozialprodukts lag, ist bis zum Jahre 1996 auf 60% angestiegen.

Durch die verfehlte Finanzierung der deutschen Einheit über die Sozialversicherung sind die Lohnnebenkosten beträchtlich gestiegen. Mussten im Jahre 1990 noch 35,6 % des Einkommens der Beschäftigten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern an die Sozialversicherungen gezahlt werden, waren es im Jahre 1996 bereits 41,6 %.

Tatsache ist: Ein dauerhafter wirtschaftlicher Erfolg kann über den Abbau von Löhnen und Sozialleistungen nicht erreicht werden! Die Absenkung der Arbeitskosten ist keine Lösung!

Eine entscheidende Ursache für die entstandenen ökonomischen und sozialen Probleme in unserem Land, wie in allen Ländern Europas, besteht in der grenzenlosen **Globalisierung der Finanzmärkte**. Deshalb müssen die europäischen Staaten gemeinsam die Macht der Akteure an den Finanzmärkten beschränken und den **Steuerboykott der Konzerne und Vermögenden bekämpfen**.

Der volkswirtschaftliche Schaden durch spekulativ verursachte Wechselkurschwankungen muss durch die Einführung einer Devisenhandels- und Kreditsteuer mindestens eingeschränkt werden. Dadurch würde sich das Geschäft mit Zinsdifferenzen zwischen den einzelnen Währungen für die Spekulanten weniger lohnen. Außerdem **muss die Macht der Banken spürbar eingeschränkt werden**.

Es ist unerträglich, dass sich **die deutschen Großbanken** auch noch **als Fluchthelfer zur Steuerhinterziehung** betätigen.

Weit mehr als die Hälfte der Multimillionäre in Deutschland zahlt regelmäßig keinen Pfennig Steuern! Über 200 Milliarden Mark parken deutsche Vermögensbesitzer allein bei den Luxemburger Filialen und in Investmentfonds der deutschen Finanzbranche. Wenn man alle Fluchtorte zusammenrechnet, erreicht der Steuerausfall vorsichtig geschätzt an die 50 Milliarden Mark pro Jahr.

Beim Antritt von Helmut Kohl als Bundeskanzler im Jahr 1983 trugen Unternehmer und Selbständige noch 13,1 % der gesamten Steuerlast. Dreizehn Jahre später hatte sich dieser Anteil um mehr als die Hälfte auf 5,7 % vermindert.

Abkassiert wird dagegen bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Kürzung der Sozialausgaben und Erhöhung der Steuern und Abgaben. Nun sollen auch noch die Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit mitversteuert werden.

Der weltweit operierende Turbo-Kapitalismus muss durch soziale und ökonomische Grundrechte für die Menschen gezähmt werden. Ohne soziale Gerechtigkeit gibt es keine friedliche Zukunft. Der bekannte Soziologe Ulrich Beck hat dazu erklärt: "Nur Menschen, die eine Wohnung und einen sicheren Arbeitsplatz und damit eine materielle Zukunft haben, sind Bürger, die sich die Demokratie zu eigen und sie lebendig machen. Die einfache Wahrheit lautet: Ohne materielle Sicherheit keine politische Freiheit. Also keine Demokratie, also Bedrohung aller durch neue und alte totalitäre Regime und Ideologien."

Wenn sich Politiker, Unternehmer, Konzernmanager und Aktienbesitzer nicht in letzter Minute darauf besinnen, dass mit Profiten und Vermögen auch soziale Pflichten verbunden sind, ist die Katastrophe unabwendbar. Die sich im Sozialstaatsprinzip ausdrückende Idee sozialer Gerechtigkeit geht weit über Hilfeleistungen hinaus und muss zu vielfältigen Mitentscheidungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben und in unserer Gesellschaft führen.